Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

281 (1.12.1906) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 281. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 1. Dezember 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 4 Blätter mit zusammen 14 Seiten.

Der Roman befindet sich im dritten Blatt.

Das neue württemb. Wahlverfahren und seine politischen Begleiterscheinungen.

R. Die württembergischen Abgeordnetenwahlen vollziehen sich bekanntlich unter einem neuen Wahlgesetz, das in seiner Eigenartigkeit seinesgleichen sucht und sozusagen ein schwäbisches Kuriosum darstellt.

Das neue Gesetz leidet an Halbheiten und Inkonsequenzen aller Art, die nach verschiedenen Richtungen gefährlich werden können. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir das neue württembergische Wahlgesetz nun etwa als einen Rückschritt bezeichnen wollen. Im Gegenteil! Relativ betrachtet ist das neue württembergische Wahlgesetz trotz vieler fortbestehender Ungerechtigkeiten in seiner Wirkung immer noch das beste unter sämtlichen Wahlsystemen der deutschen Bundesstaaten. Obschon wir dem neuen Verfahren mit Rücksicht auf die mehr oder weniger außerordentlich rückständigen Wahlsysteme im deutschen Reiche dieses Zeugnis ausstellen müssen, haben wir doch keine Veranlassung, vor seinen Mängeln die Augen zu verschließen. Gerade kurz vor der erstmaligen praktischen Anwendung ist es vom recht hohem Interesse, einen kurzen Rückblick auf den Werdegang des neuen Verfahrens zu werfen und die im gegenwärtigen Wahlkampf auftretenden politischen Begleiterscheinungen einer Betrachtung zu unterziehen.

Es ist bekannt, daß sich die zweite Kammer bisher aus 70 Abgeordneten des allgemeinen Stimmrechts und 23 Privilegierten zusammensetzte. Als nun die Frage der Verfassungsreform in Württemberg immer brennender wurde, spielte zunächst die Frage eine bedeutsame Rolle, ob bei der Umwandlung der zweiten Kammer in eine reine Volkskammer für die ausscheidenden Privilegierten ein Ersatz geschaffen werden müsse. Die volksgewählten Abgeordneten der zweiten Kammer haben diese Frage stets mit überwältigender Mehrheit bejaht. Von der ersten Kammer darf man sagen, daß sie in dieser Frage eine gewisse Gleichgiltigkeit übte, wenn man nur den Ansprüchen auf eine Erweiterung ihrer budgetrechtlichen Befugnisse entgegenkam. Die Regierung hatte zwar in ihrem ersten Verfassungsentwurf die Frage des Ersatzes verneint, hingegen bei früheren Reformversuchen einen völlig anderen Standpunkt eingenommen. Der Hauptstreit drehte sich darum, wie, auf welchem Wege dieser Ersatz gewonnen werden sollte und dieser Streit war neben den Budgetforderungen der Adelskammer mit die erheblichste Klippe, an der auch der neue Reformversuch zu scheitern drohte. In ihrer blöden Furcht vor der Sozialdemokratie verlangten die Herren von der Rechten einen konservativen Ersatz. Daß ein wirklich gerechtes, gleiches Wahlrecht diese Wirkung haben würde, glaubten die Herren selbst nie und die Vorschläge, die Bauernbündler, Konservativen und vor allen Dingen das Zentrum bei den Verfassungskämpfen zur Herbeiführung eines konservativen Ersatzes machten, haben diese Elemente ja hinlänglich als unerbittliche Feinde des allgemeinen gleichen Wahlrechts gebrandmarkt.

Die von diesen „Volksfreunden" vertretenen Grundsätze waren in der Tat ein Hohn auf die Forderung der reinen Volkskammer. Wollte man die zweite Kammer in ihrer alten Stärke aufrechterhalten, so blieben in der Hauptsache drei Wege, die zum Ziele führen konnten: Berufung der ganzen Kammer durch den Proporz, völlige Neueinteilung der Wahlkreise, Beibehaltung der alten, sehr ungerechten Einteilung und Zuwahl weiterer Abgeordneter durch den Proporz. Logischerweise wäre der erste Weg der einfachste, praktischste und vernünftigste gewesen. Die Sozialdemokratie verfolgte mit aller Energie, aber vergebens, dem ersten Wege zum Durchbruch zu verhelfen, denn Logik, Vernunft und Gerechtigkeit sind ihre Gegner niemals beschwert gewesen. Auch den zweiten Weg lehnte man ab. Namentlich die Volkspartei war es, die an der alten Wahlkreiseinteilung, die angeblich so ins Volksempfinden eingelebt sein soll, daß sie nie geändert werden kann, festhalten wollte.

Ein merkwürdiges „Volksempfinden", das es bewirkt, daß beispielsweise ein Wähler Ellwangens um 10—15mal größeres Wahlrecht besitzt, als ein Wähler Göppingens oder Stuttgarts. Man wählte den dritten Weg. Damit ist das neue Wahlgesetz ein sonderbares Gemisch von fortschrittlichen Tendenzen und Momenten des Stillstandes geworden, das, solange es bestehen wird, immer wieder die Erinnerung an heftige parlamentarische Kämpfe hervorrufen wird. Nicht einheitlich, sondern durch die Anwendung zwei voneinander sehr verschiedener Wahlsysteme geteilt, kommt der Wille der Wähler zum Ausdruck: durch Bezirks- und Proporzwahlen. Die Mehrzahl der Wähler wird sich dadurch innerhalb 5 bis 6 Wochen dreimal zur Urne bemühen müssen, da es ja den Quertreibereien der Volkspartei gelungen ist, die zweifellos in politischer Beziehung immoralisch wirkenden Stichwahlen zu erhalten.

Die unmoralischen Wirkungen des neuen Systems werden verstärkt durch den Umstand, daß die Stichwahlen natürlicherweise zwischen den Bezirkswahlen und den Proporzwahlen stattfinden müssen. Die Situation ist also die: In den Hauptwahlen schlachten sich die Parteien und Kandidaten vor den Wählern gegenseitig ab, so gut es geht. Kommt es zur Stichwahl, werden Techtelmechtels abgeschlossen, zu denen die Parteien mehr oder weniger leider gezwungen sind und es ist bekannt, daß die Moralität und politische Reinlichkeit dabei nur zu häufig eine bescheidene Rolle spielen. Bei den Proporzwahlen aber müssen die Wähler wieder zu einzelnen Parteivorschlägen kommandiert werden. Die Sozialdemokratie ist, wie aus der Geschichte des Verfahrens hervorgeht, an diesen Dingen völlig unschuldig. Auch ist sie diejenige Partei, die von den eben geschilderten Nachteilen am wenigsten berührt werden wird, dank ihrer Geschlossenheit, Disziplin und Prinzipienfestigkeit. Für sie hat die Berufung eines Viertels der Abgeordneten durch Proporzwahl den äußerst schätzenswerten Vorteil, daß ihr Ausgang im Hinblick auf die sich zuletzt ergebende Gesamtzusammensetzung der Kammer klar aufdecken wird, in welchem groben Mißverhältnis Parteistärke und Mandatszahl immer noch stehen. Die Proporzwahl in Württemberg wird ein grelles Schlaglicht auf die bitter ungerechte Wahlkreiseinteilung werfen und das wird vielleicht bei wirklich demokratisch Denkenden propagandistisch im Sinne einer alleinigen Anwendung des Proporzes wirken. Diese Gesichtspunkte werden den württembergischen Wahlen diesmal besonderes Gepräge, erhöhte Bedeutung geben.

Nun hat die Proporzwahl in Württemberg im gegenwärtigen Wahlkampf noch einen Gesichtspunkt von allgemeiner Bedeutung gezeitigt, der von zwei unerquicklichen Dingen Zeugnis ablegt. Erstens von der völligen Verkennung des Charakters der Proporzwahl, zweitens von der Skrupellosigkeit, mit der man die Proporzwahl zu allerlei unsauberen Experimenten zu mißbrauchen sucht. Der Proporz trägt mehr als jede andere Wahl den Charakter der Parteiwahl. Er setzt gewissermaßen erst das Vorhandensein straff organisierter Parteien voraus. So hat man beispielsweise die Einführung des Proporzes für die kleineren Gemeinden in Württemberg deshalb abgelehnt, weil sich da die Gemeindewahlen noch nicht streng nach Parteien, sondern vielfach nach persönlichen und anderen Gesichtspunkten vollziehen. Trotz des ausgesprochenen Parteicharakters der Proporzwahl versuchten verschiedene Berufsgruppen den Proporz zur Wahl von Berufsvertretern zu benützen. Es kamen die Eisenbahn- und Postunterbediensteten, die Apotheker, Schullehrer, Techniker, Wirte usw. und machten die Unterstützung der Parteien von der Aufnahme eines der Ihrigen auf den Zettel abhängig. Der Grundsatz, daß sich politische Wahlen nach beruflichen, zünftlerischen Gesichtspunkten vollziehen sollen, ist unbedingt zu verwerfen, denn er würde eine politische Unsicherheit und schließlich eine völlige Zersetzung des politischen Lebens zur Folge haben.

Wenn auch der Gedanke, den Proporz zu diesen Zwecken zu benützen, die betreffenden Berufsstände anfänglich bis zu einem gewissen Grade hypnotisieren mag, so muß bei geringem Nachdenken doch bald die Erkenntnis erwachen, daß ein solcher Versuch praktisch fruchtlos und prinzipiell gefährlich ist. Zur Ehre der betreffenden Berufsstände muß auch gesagt werden, daß es in der Hauptsache doch nur einige ehrgeizige Wortführer sind, die aus reinem Mandatshunger die von ihnen vertretenen Berufe auf die gefährliche Bahn drängen wollen. Leider haben sich bürgerliche Parteien gefunden, die, einem Stimmenfang schofelster Art zuliebe, diesem Treiben Vorschub leisten. Die württembergische Demokratie ist am weitesten gegangen und will bei den Landesproporzwahlen den Sekretär des christlichen Eisenbahnerverbandes und in Stuttgart den Vorstand des Postunterbeamtenverbandes auf den Zettel nehmen und zwar lediglich in der Eigenschaft als Sekretär bezw. Vorstand der Verbände, die sich auf ihre statutarisch festgelegte strenge Neutralität viel zugute tun. Wie gefährlich dieses Treiben ist, bewies eine Versammlung von Unterbeamten in Stuttgart, in der die Wortführer der Verbände soweit gingen, die politische Versumpfung geradezu als Prinzip für eine nach vielen tausenden zählende Kategorie von Staatsbürgern aufzustellen.

Wenn diese Staatsbürger von ihrem wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte Gebrauch machen, sollen sie nicht fragen nach den geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes, nicht nach dem, was dem Volke als Ganzes nottut und sich danach die Kandidaten besehen, sondern mit den beruflichen Scheuklappen versehen, nur den nackten beruflichen Interessen folgend, sollen sie zur Wahlurne schreiten und demgemäß ihre Entscheidung treffen. „Lassen Sie alle Parteigrundsätze und Prinzipien fahren und behalten Sie nur ihren Verband im Auge", rief ein Kandidat in der erwähnten Versammlung aus. Das kennzeichnet die Situation. Bei den Vorbereitungen zu diesen Manövern ist man an alle bürgerlichen Parteien zugleich herangetreten, um die in den einzelnen Landesteilen verschiedene politische Konstellation auszunützen. Alle Parteien zeigten auch Geneigtheit, die Geschichte im Interesse des Stimmenfanges zu versuchen und es ist nicht ihre Schuld, wenn es der demokratischen Volkspartei wieder allein vorbehalten blieb, der politischen Unsittlichkeit direkt Vorschub zu leisten, wie sie es ja auch bei der Entstehung des ganzen Wahlsystems zur Genüge getan hat.

Professor Rieber nannte das Vorgehen der Verbände mit Recht „politische Demoralisation". Er kennzeichnete damit aber zugleich seine eigene Partei, die beim Proporz in Stuttgart nun ebenfalls mit einer Beamtenkandidatur krebsen geht. Daß die Sozialdemokratie dieses beide Teile gleichermaßen entwürdigende Treiben nicht mitmacht, ist selbstverständlich. Nichtsdestoweniger wird sie auch die Interessen der Proletarier in Staatsbetrieben mit noch größerem Nachdruck wie seither vertreten, denn das Eintreten für das Wohl aller proletarischen Schichten der Bevölkerung ist das Lebensmark der Sozialdemokratie als der einzigen Arbeiterpartei. Sie ist auch überzeugt, daß der Proporz sich bald in seiner wirklichen Natur zur Geltung bringen und die kindlichen politischen Ideen, die man bei seiner erstmaligen Anwendung skrupellos ins Praktische übersetzen will, recht schnell überwinden wird.

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratie und Großherzogs-Adresse.

In der hessischen Kammer kam gestern die Interpellation der Nationalliberalen wegen der Bestätigung des sozialdemokratischen Beigeordneten Eißnert in Offenbach zur Verhandlung. Die Mehrheitsparteien erklärten übereinstimmend, daß sie den Schritt der Regierung zwar mißbilligten, daß ihr Vertrauen zu der Regierung aber nicht erschüttert sei und daß sie weiter mit ihr zu arbeiten wünschten.

Die Regierung hatte eine keineswegs feste Haltung eingenommen.

In derselben Sitzung wurde dann noch eine Glückwunschadresse an den Großherzog anläßlich der Geburt eines Thronfolgers beschlossen. Genosse Dr. David gab namens der sozialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab, daß sie sich dem Glückwunsch anschließe, ohne damit aber dem Inhalt der Adresse ihre Zustimmung zu geben und ohne von dem prinzipiellen Standpunkt, den die Sozialdemokratie der Monarchie gegenüber einnimmt, abzuweichen. Für die sozialdemokratische Fraktion seien hierbei im Hinblick auf die mancherlei Schicksalsschläge, die den hessischen Großherzog in den letzten Jahren betroffen haben, rein menschliche Beweggründe maßgebend.

Der Vorwärts ist mit dieser Haltung unserer hessischen Fraktion nicht einverstanden. Er schreibt:

„Wir verstehen den Standpunkt, den die hessische Regierung in ihrer Antwort eingenommen, ebenso wie ihre Anschauungen des Gegensatzes zwischen dem heutigen Staat und der Sozialdemokratie. Dagegen vermögen wir die Haltung der Genossen, die Mitglieder der zweiten Kammer sind, nicht zu würdigen. Mag auch der hessische Großherzog eine andere Stellung zur sozialdemokratischen Bevölkerung Hessens einnehmen, als mancher andere Prätendent zu seinen „Untertanen", so liegt doch unserer Ansicht nach für die Abgeordneten unserer Partei keine Veranlassung vor, dem Monarchismus Konzessionen zu machen und sich offen der Glückwunschadresse anzuschließen."

Dazu bemerkt die Mannheimer Volksstimme:

„Uns deucht, daß die Motivierung, die Genosse Dr. David der Zustimmung unserer hessischen Landtagsfraktion zu der Glückwunschadresse beigab, seine und seiner Genossen Haltung vollkommen erklärt und in genügender Weise rechtfertigt. In dem Augenblick, wo die Bürgerlichen den Versuch machen, dem Landesfürsten wegen seiner vorurteilsfreien und vernünftigen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu bereiten, diesem Fürsten eine einfache Anstandsbezeugung verweigern, hieße jenen Scharfmachern das Handwerk in törichter, zum mindesten aber in höchst überflüssiger Weise erleichtern, ganz abgesehen von den rein menschlichen Empfindungen, die in diesem Falle, wie Dr. David ja auch andeutete, eine Rolle spielten. Unseres Erachtens liegt also zu einer prinzipienretterischen Tadelaktion gegen die Darmstadter Landtagsfraktion kein Anlaß vor."

Ganz unsere Meinung. In Preußen allerdings kommen unsere Genossen in solche „Versuchungen" nicht. Abg. Genosse Ulrich, der wahrhaftig nicht im Verdachte der Konzessionsmacherei gegenüber dem Monarchismus steht, sagte in der hessischen Kammer anläßlich der nationalliberalen Interpellation über den Beigeordneten Eißnert:

Die Vorredner haben dem Ministerium mehr oder weniger verzuckerte Pillen beigebracht. Es fällt mir nicht ein, dieser Regierung ein besonderes Vertrauen zu votieren, zumal bei einer Entscheidung, an der sie nach allem unschuldig ist. Ich will es hier vor diesem Hause und dem ganzen Lande aussprechen, daß der Landesfürst die Volksseele erkannt hat und durch diese Handlung in der Achtung der Proletarier hoch gestiegen ist. Wir freuen uns, daß der Monarch den Mut gefunden hat, gegen den Willen einer Interessentenkamarilla zu solcher Entscheidung zu kommen. Dieser Mut ist edler als Ihre Klagen.

Einem solchen Monarchen gegenüber eine Haltung einzunehmen, die zum mindesten nicht notwendig ist, sehr leicht aber persönlich verletzend hätte wirken können, wäre u. E. politisch und taktisch im höchsten Grade unklug gewesen. Deshalb gleich Zensuren austeilen, ist wirklich nicht notwendig. Zwischen der Erfüllung einer einfachen Anstandspflicht gegenüber einem Monarchen und Konzessionen an den Monarchismus besteht denn doch noch ein großer Unterschied. Wir sehen wirklich nicht ein, warum ein Monarch, der der Sozialdemokratie gegenüber eine durchaus objektive, von jedweder Gehässigkeit und Voreingenommenheit völlig freie Stellung einnimmt, nicht auf dasselbe menschliche Empfinden und auf dieselben Anstandspflichten Anspruch haben sollte, die wir anderen Menschen gegenüber als ganz selbstverständlich betrachten.

Badische Politik.

Fabrikinspektion und Arbeiterschaft.

Zu den in unserem Blatte neuerdings erschienenen Artikeln betreffend das Verhältnis der gegenwärtigen Fabrikinspektion zu der badischen Arbeiterschaft geht der Oberrhein. Korrespondenz folgende Zuschrift zu:

Nr. 288 vom 16. November des Volksfreund bringt einen Artikel mit dem Vorwurf, daß die Fabrikinspektion nicht mit der gewünschten Energie die Durchführung gesetzlicher Vorschriften verfolge. Jedenfalls wäre unter Wörrishoffer so etwas nicht vorgekommen. In Nr. 293 des genannten Blattes nimmt sich ein A. W.-Korrespondent der angegriffenen Behörde im Interesse der Vertrauensstellung, welche diese bei den Arbeitern einnehmen sollte, an. Darauf antwortet der Verfasser des ersten Artikels mit abermaligen Anfeindungen gegen die derzeitige Leitung der Fabrikinspektion. Demgegenüber darf mit gutem Recht wiederholt konstatiert werden, daß sich die Arbeiterschaft Badens, wie es sich täglich zeigt, tatsächlich davon überzeugt hat, daß ihre Interessen jetzt nicht weniger gut vertreten sind als unter Wörishoffer. Es wird der Vorwurf erhoben, daß die Inspektion sich nur auf einen Durchgang durch die Arbeitssäle seitens des betr. Aufsichtsbeamten in Begleitung eines Direktors der Fabrik beschränke. Dabei könne natürlich nichts herauskommen. Gegenüber diesem Vorwurf muß darauf hingewiesen werden, daß die Jahresberichte der Inspektion immer und immer wieder das Bedauern aussprechen, und von jeher ausgesprochen haben, die Revisionen gäben den Beamten keine Gelegenheit, mit den Arbeitern zu einer Aussprache zu kommen, weil diese sich — übrigens aus sehr erklärlichen Gründen — scheuten, vor Vorgesetzten und Mitarbeitern Wünsche und Anliegen vorzubringen und ferner daraufhin, daß zur Herbeiführung eines persönlichen Verkehrs vor mehr als 10 Jahren schon besondere Sprechstunden in verschiedenen Orten des Landes eingerichtet worden sind, die auch jetzt noch abgehalten werden. In Wirklichkeit ist gerade in den letzten Jahren der persönliche Verkehr zwischen den Beamten der Behörde und den Arbeitern ein ungleich lebhafterer geworden als früher. Von einer Zurückhaltung auf seiten der Arbeiter und von einem fehlenden Vertrauen hat die Fabrikinspektion glücklicherweise selbst nichts mehr zu merken und darin soll auch durch erneute Angriffe keine Aenderung eintreten

Niemand freut sich mehr als wir und die Arbeiterschaft, wenn der Verkehr zwischen dieser und der Fabrikinspektion wieder lebhafter und vertrauter geworden ist, denn das Vertrauen der Arbeiterschaft zu dieser Institution ist die unbedingte Voraussetzung für eine segensreiche Wirksamkeit der Fabrikinspektion. Aber es hieße die Tatsachen schlankweg auf den Kopf stellen, wenn man zu leugnen versuchen wollte, daß in dem Verhältnis zwischen der jetzigen Fabrikinspektion und der Arbeiterschaft eine Trübung eingetreten war, die im Interesse beider Teile besser unterblieben wäre. Die Schuld dafür liegt nicht auf seiten der Arbeiterschaft und auch nicht, wie man glauben machen wollte, auf seiten der Arbeiterpresse. Es sind Dinge vorgekommen, die nicht hätten vorkommen dürfen, wenn man das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht aufs Spiel setzen wollte. Für: der eigentlich Schuldige war, ob er in der Fabrikinspektion selbst oder außerhalb und oberhalb derselben zu suchen ist, kommt für die Beurteilung der Tatsache, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft erschüttert wurde, erst in zweiter Linie in Betracht. Wie konnte man einen Beamten, der sich so vorzüglich als Fabrikinspektor bewährt hatte und der mit ganzer Seele seinem Berufe oblag, wie Herrn Dr. Fuchs, aus dieser Institution entfernen? Das mußte das durch gewisse vorhergegangene Vorkommnisse schon wankend gewordene Vertrauen der Arbeiter im Grunde erschüttern, zumal Dr. Fuchs ein Schüler Wörishoffers war und in dessen Geiste seine Tätigkeit entfaltete.

Wenn die Folgen dieser Vorgänge jetzt überwunden und das alte Vertrauen der Arbeiterschaft zur Fabrikinspektion zurückgewonnen ist, so freut sich darüber niemand mehr, als wir. Es liegt uns wahrlich nichts ferner, als Mißtrauen gegen die Fabrikinspektion zu erwecken. Wir werden im Gegenteil das Bemühen der Fabrikinspektion, das Verhältnis zwischen ihr und der Arbeiterschaft zu einem möglichst vertrauensvollen zu gestalten, gerne und nach besten Kräften unterstützen.

Wahlen zu den Aerztekammern.

Auf Grund des Gesetzes vom 10. Oktober 1906, die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals betr., hat das Ministerium des Innern die Wahlen für die Aerztekammer, die Zahnärztekammer, die Tierärztekammer und die Apothekerkammer angeordnet. Die Abschriften der Wählerlisten für diese Wahlen sind zur Einsicht der Wahlberechtigten während einer Woche vom 5. Dezember an auf der Kanzlei jedes zum Wahlbezirk gehörenden Bezirksamtes aufgelegt. Einsprachen gegen die Wählerlisten sind vor Ablauf einer Woche nach Beendigung der Offenlegung bei dem Ministerium des Innern zu erheben, welches über die Einsprachen endgiltig entscheidet; die Wahl zu den vier genannten Kammern erfolgt schriftlich durch Einsendung des Stimmzettels an das Ministerium des Innern; die Einsendung der Stimmzettel hat spätestens bis zum Samstag den 29. Dezember 1906 zu erfolgen. Die Stimmzettel sind in einem Umschlag verschlossen einzusenden; auf dem Umschlag ist Name, Stand und Wohnort des Wählenden anzugeben und ein Vermerk beizufügen, daß sich in dem Umschlag ein Wahlvorschlag befindet. Auch ist zu vermerken, für welche der Kammern der Wahlvorschlag bestimmt ist. Auf dem Stimmzettel sind die als Kammermitglieder und Ersatzmänner Vorgeschlagenen nach Namen, Vornamen, Stand und Wohnort zu bezeichnen.

Genosse Emil Hauth

wird nun doch noch gerichtlich verfolgt werden, obgleich er wegen seines Nichtstellens zum Nachdienen 1000 Mk. Strafe bezahlt hat. Schon Ende nächster Woche soll die Verhandlung vor dem Kriegsgericht Karlsruhe stattfinden. Man darf neugierig sein, ob und auf Grund welches Paragraphen eine Verurteilung stattfindet.

Pfarrer Pfister von Schwenningen

hatte gegen den verantwortlichen Redakteur der Jugend in München Klage erhoben wegen eines in der Jugend erschienenen Gedichtes, worin behauptet worden war, Pfarrer Pfister habe seine Haushälterin aus Eifersucht

geprügelt. Das königliche Amtsgericht München I hat nunmehr die Klage als unbegründet kostenfällig zurückgewiesen. In dem Gerichtsbeschluß wird hervorgehoben, daß die in dem Gedicht aufgestellten Behauptungen durch die Voruntersuchung im wesentlichen als erwiesen anzusehen seien. Der Anwalt des Pfarrers Pfister hat gegen dieses Erkenntnis Berufung eingelegt.

Deutsche Politik.

Die Belastung durch Reichs- und Staatsschulden.

Die deutsche Reichsschuld hatte am 1. April 1905 die Höhe von 3203 Mill. Mark erreicht. Es kam also auf den Kopf der Bevölkerung eine Belastung von 56,82 Mark. Hierzu treten noch die Landesschulden, die in den wichtigsten Einzelstaaten folgende Durchschnittshöhe pro Einwohner aufweisen:

Preußen	209 Mk.
Bayern	267 „
Sachsen	229 „
Württemberg	247 „
Baden	238 „
Hessen	327 „
Elsaß-Lothringen	21 „
Hamburg (Staat und Stadt)	681 „
Bremen (Staat und Stadt)	853 „
Lübeck (Staat und Stadt	485 „

Von 0—10 Mk. Schulden pro Einwohner hatten Reuß ä. L., Sachsen-Altenburg, Lippe, Reuß j. L. und Sachsen-Weimar; über 10—20 Mk. Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Sondershausen, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz; über 20—100 Mk.: Waldeck, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt; über 100 Mk.: Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin.

Bei weitem die höchsten Schuldbeträge pro Einwohner weisen, wie ersichtlich, die freien und Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck auf. Ein Vergleich mit denen der anderen Bundesstaaten ist hier jedoch nicht ohne weiteres angängig, da diese Schulden teilweise kommunaler Natur sind, dann aber auch in den gewaltigen Ausgaben dieser Staatswesen für Wasser- und Hafenbauten begründet sind. In Lübeck steht außerdem, abgesehen von dem Besitz an Domänen, Forsten und Betriebsanstalten, den Schulden noch ein Kapitalvermögen von rund 200 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber. Auch bei der Betrachtung der Schulden der übrigen Staaten ist natürlich der Besitz an Domänen, Eisenbahnen usw. zu berücksichtigen. Nur beim Reich entspricht den Schulden fast kein Vermögen; sie sind nahezu gänzlich unproduktiver Natur. Am glücklichsten sind die Untertanen Heinrichs des soundsovielten von Reuß ä. L. daran: ihre Staatsschulden betragen = 0.

Die Landesausschußwahlen in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Die Wahlen endigten, wie vorauszusehen war, damit, daß das Mandat des Genossen Emmel-Mülhausen (das einzige sozialdemokratische Mandat im Landesausschuß) verloren ging. Unsere Fraktion hatte nicht mehr die Mehrheit, wie ehedem, und eine Wiederwahl Emmels infolge der Uneinigkeit der Bürgerlichen vermieden die Demokraten dadurch, daß sie — gegen die Parole ihrer eigenen Landespartei — mit dem Zentrum ein Wahlbündnis eingingen, sodaß auch die Zentrumsmannen für den demokratischen Kandidaten Klaiber stimmten und diesem zum Sieg verhalfen. Ein ähnliches Bild bot Straßburg-Stadt. Durch Konzessionen in der Schulfrage, die im Reichsland brennend geworden ist, ließen sich die Klerikalen veranlassen, für den demokratisch-liberalen Kompromißkandidaten Riff zu stimmen, sodaß dieser mit 19 gegen 16 (sozialdemokratische) Stimmen über unseren Kandidaten Petrotes siegte. — Die Besitzstände der übrigen Parteien blieben ungefähr gleich. Die Liberalen „tauschten" unfreiwillig ein Mandat mit den Klerikalen, indem die eine Partei je eines an die andere verlor. Dem parteilosen (liberalen?) Abgeordneten Seyller nahmen die Klerikalen sein Mandat weg. Die Liberalen, Demokraten und Klerikalen haben also je ein Mandat im Elsaß gewonnen. In Lothringen hat der seltsame „Lothringer Block", ein eigenartiges Gemisch von Notabelnreaktion und verschlafenem Partikularismus alle seine Kandidaten durchgebracht — zum größten Teil ohne Kampf, da keine Gegenkandidaten da waren. Glückliches Lothringen!

Soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, haben die Landesausschußwahlen die alte Wahrheit gezeigt, daß in der Bekämpfung der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien sich kaum unterscheiden. Die Liberalen und Demokraten, denen die reichsländische Partei immer beigesprungen ist, haben sich nicht entblödet, den einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem reichsländischen Parlament hinauszudrängen — und noch dazu zu dieser wackeren Tat sich der Hilfe des Zentrums zu bedienen. Das heißt man Grundsätze!! Die schmähliche Kampfesweise der bürgerlichen Linken wird entsprechende Früchte zeitigen.

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Sonntag, 2. Dez. **Wilhelm Tell**, Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Montag, 3. Dez. **Bruder Lustig**, in 3 Akten von Siegfried Wagner. Anfang 7 Uhr.

Dienstag, 4. Dez. **Elga**, Nokturnus von Gerhart Hauptmann, nach einer Novelle Grillparzers. Anfang halb 8 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Dez. **Heimg'funden**, Wiener Weihnachtskomödie in 3 Akten von Ludwig Anzengruber. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 7. Dez. Neu einstudiert: **Lucia von Lammermoor**, Oper in 3 Akten von Salvator Cammerano. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Samstag, 8. Dez. **Die Sonnenprinzeß**, Drama in einem Vorspiel und 3 Akten von Johanna Wolff-Friedberg. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Sonntag, 9. Dez. **Bruder Lustig**, in 3 Akten von Siegfried Wagner. Anfang halb 7 Uhr.

Montag, 10. Dez. **Ein idealer Gatte**, in 4 Akten von Oskar Wilde, ins Deutsche übertragen von H. L. Pavia und H. Frhr. v. Teschenberg. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Vorläufige Ankündigung:

Gastspiel von Opernmitgliedern des Hamburger Stadttheaters:

Dienstag, 11. Dez. **Carmen.** Titelpartie: Ottilie **Metzger-Froitzheim.** Don José: A. Ponnerim.

Freitag, 14. Dez. **Die Walküre.** Brünhilde: Edith **Walter.** Fricka: Ottilie Metzger-Froitzheim. Siegmund: Wilhelm Birrenkoven.

Vorverkauf für die Abonnenten: Mittwoch, den 5. Dez., nachmittags von 3—5 Uhr, Reihenfolge B., C., A.; allgemeiner Vorverkauf von Donnerstag, den 6. Dezember, vormittags 9 Uhr an.

In Baden:

Mittwoch, 5. Dez. **Heimg'funden**, Wiener Weihnachtskomödie in 3 Akten von Ludwig Anzengruber. Anfang halb 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Armer Giesberts.

Gegen den christlichen Gewerkschaftsführer Giesberts, der in seiner Abrechnung mit dem neuen Arbeiterknebelungsgesetz im Reichstag die berechtigte Scham empfand, ein Preuße zu sein, läutet die Meute der Deutschen Tageszeitung, für die Preußentum mit agrarischem Wucherprofit gleichbedeutend ist. Die Rede klingt ihrer Sippschaft wie revolutionäres Donnergrollen ins Ohr — hauptsächlich, weil Giesberts für das Koalitionsrecht der Landarbeiter eingetreten ist. Aber ganz im allgemeinen gefällt ihr der Ton nicht, auf den Giesberts Anklage gestimmt war; sie hetzt die Zentrumslandwirte gegen ihn auf und warnt „die nationalen und christlichen Arbeitervertreter", den Bahnen dieses Zentrumsführers zu folgen. „Giesberts hat gestern fast ebenso geredet wie ein Sozialdemokrat," ruft das Scharfmacherblatt entrüstet und fährt drohend fort:

> Wird die von ihm gewählte Tonart allgemein üblich, dann dürfen die Herren sich nicht wundern, wenn in der öffentlichen Meinung die Unterschiede zwischen ihnen und den Sozialdemokraten sich mehr und mehr verwischen. Das Bekenntnis zum Königtume und zur monarchischen Staatsordnung ist ja sehr gut und sehr erfreulich. Wenn aber sonst im sozialdemokratischen Jargon geredet und anscheinend sozialdemokratische Politik getrieben wird, dann verliert es an praktischem Werte.

Für die Bourgeoisie aller Schattierungen hat die nationale und christliche Arbeiterbewegung nur „praktischen Wert", wenn sie als geduldiger Bär nach dem Takt der bürgerlichen Musik ihre Tänze aufführt.

Parlamentarisches aus dem Reichstag.

In die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wurden die Genossen Brey, v. Elm, Herzfeld, Hue und Legien gewählt. Zu Rednern wurden bestimmt für die Poleninterpellation: Bebel, über die Algeciras-Akte: v. Vollmar, über den Gesetzentwurf zur Sicherung von Bauforderungen: Haase.

Wahlurnen auf Reichskosten

verlangt die nationalliberale Partei. Sie hat im Reichstag den Antrag eingebracht, nach welchem sämtliche Wahlurnen von Reichswegen geliefert werden sollen. Die Antragsteller wollen dadurch die wunderlichen Inventarstücke beseitigen, welche mitunter in ländlichen Orten als Wahlurnen dienen müssen.

Von der Beterpartei.

Auf dem Parteitag der westfälischen Zentrumspartei, der am Sonntag in Hagen stattfand, ersuchte einer der Redner, der Abgeordnete v. Savigny, die Versammlung und die Wähler, die Vertreter der Partei in ihrer schwierigen Arbeit auch mit Gebet zu unterstützen; es würde vieles besser im deutschen Reich stehen, wenn mehr gebetet würde. Durch Beten denken sie, durch Singen, dem Himmel immer neuen Segen abzuzwingen. Das deutsche Volk weiß nur zu gut, daß die „Arbeit" unserer Reichstagsboten schon bisher übergenug durch „Gebet" unterstützt wurde. 1902 in der Nacht nach der Durchbringung des Hungertarifes versammelten sich ja auch die Zöllner und Pharisäer zu einem innigen Dankgebet für den glücklich gelungenen Raubzug . . .

Auch die Filzschuhe und Pantoffel werden teurer.

Die „maßgebenden" deutschen Filzschuh- und Pantoffelfabrikanten haben einen Ring geschlossen und ihre Preise um 15 Prozent erhöht. — Auch die Preise für Nähfaden und Zwirn wurden um 6—7 Proz. erhöht — zum zweitenmal in diesem Jahr!

Es kommt immer besser.

Ausland.

Oesterreich.

Bei der Abstimmung über die Wahlreform kam es im Abgeordnetenhaus zu Lärm- und Raufszenen. Die tschechischen Radikalen bezeichneten das Resultat einer nebensächlichen Abstimmung als falsch, entrissen dem Präsidenten die Aufzeichnungen und warfen die Protokolle usw. von den Ministerbänken herunter. Bei dem Versuch der Ordner, die den Präsidenten Bedrohenden zurückzudrängen, entstand ein Handgemenge mit den Deutschen, worauf die Sitzung unterbrochen wurde. Der Ministerpräsident suchte zu vermitteln. Klofac, der mit ihm sprach, machte heftige drohend aussehende Bewegungen. Der Ordner Albrecht, Deutscher, glaubte, der Minister sei gefährdet und packte Klofac an der Gurgel, so daß es zu neuerlichen Raufszenen kam. Die Abstimmungen, die von den Radikalen, Tschechen und Alldeutschen fortwährend durch Auszählung verzögert werden, werden fortgesetzt..

Italien.

Die letzte Volkszählung ergab für Italien eine Bevölkerungsziffer von 38 346 514, was eine Zunahme von 871 262 Personen seit dem Jahre 1901 bedeutet.

Asien.

Hungersnot in China. In Schanghai hat sich ein internationales Komitee gebildet, das aus den Konsuln, den Kaufleuten, den Missionaren, sowie aus chinesischen Beamten und den Vorständen der chinesischen Handelsgilden besteht, und sich mit der Bitte an die Völker Europas und Amerikas wendet, zur Linderung des Elendes in Nord-Kiangsu beizutragen, wo durch Ueberschwemmungen die Ernten eines Distriktes von 40 000 englischen Quadratmeilen vollständig vernichtet wurden. Mehr als 10 Millionen Menschen stehen vor dem Hungertode. Tausende wandern nach Hangtschu-Aschingkiang und Saochow aus, während andere ihre ganze Habe und selbst ihre Kinder verkaufen. Das Komitee hofft eine viertel Million Pfund Sterling sammeln zu können.

Zur Explosion der Sprengstoff-Fabrik bei Annen.

Ueber die Ursachen des Unglücks vermag man noch immer keine Klarheit zu schaffen. In einer Konferenz, die seitens des Abgesandten des Kaisers, des Generalleutnants v. Scholl, mit den Spitzen der Behörden von Dortmund abgehalten wurde, hat man nach der Frkf. Ztg. darauf hingewiesen, daß man in Fachkreisen in dem Vorhandensein einer Sicherheitssprengstoff-Fabrik in der Nähe von menschlichen Wohnungen keine besondere Gefahr erblickt hat. Man war der Meinung, in Brand geratene Roboritmengen würden ohne eine Explosion verursachend ruhig verbrennen. Es wurde darauf hingewiesen, daß in der Sprengstofffabrik zu Castrop bei Dortmund ein mit Sprengstoff gefülltes Lager ruhig ausgebrannt sei. Der Direktor der Annener Roboritfabrik Dr. Kuntze muß doch auch dieser Ansicht gewesen sein, da er sonst nicht nach dem Eintritt der ersten Explosion hingeeilt wäre und Anordnungen getroffen hätte. Der Herr hat bekanntlich bei der zweiten Explosion sein Leben eingebüßt. Es müssen bei dieser Explosion ganz besondere Umstände im Spiel gewesen sein. Uebrigens stellt die Staatsanwaltschaft eifrige Nachforschungen nach der Ursache der Brand-Katastrophe an. Es wird vermutet, daß das Roborit-Werk sich auch mit der Herstellung anderer Stoffe befaßte, für welche ihm Konzession nicht erteilt war. Infolgedessen ging die Staatsanwaltschaft zur Beschlagnahme sämtlicher Bücher jener Firma über und ordnete bereits die Vernehmung der noch lebenden höheren Beamten für die nächsten Tage an. Die Zahl der Toten beträgt nach genauen Feststellungen

32,

62 sind schwer verletzt und 150 bis 180 leicht verletzt. Im Marienhospital wurden bisher 70 Personen verbunden. Etwa 40 Verletzte werden dort gepflegt; sechs Personen wurden tot eingeliefert oder sind später gestorben. Im Diakonissenhause sind 20 Tote und 40 Schwerverletzte eingeliefert worden, von denen fünf starben. Etwa 200 Personen wurden dort verbunden.

Die weitere Gefahr hat der in voriger Nacht niederströmende Regen beseitigt.

Die Hilfeleistung soll wieder in der Hauptsache der privaten Wohltätigkeit übergeben werden. Erst wenn diese nicht ausreiche, sollen Staat und Provinz eingreifen. Gerade umgekehrt müßte man verfahren. Der Kaiser spendete 25 000 Mark, der Verband der Sprengstoffabriken 20 000 Mark. Weitere Summen stehen in Aussicht. Große Firmen des Industriebezirks bieten Gaben an; so spendeten die Essener Kreditanstalt und die Firma Kaisers Kaffeegeschäft je 5000 Mk.

Für diejenigen Personen und Familien, die infolge des Unglücks obdachlos geworden sind, sorgt die Kreisvertretung vorläufig, indem sie die Schulgebäude zur Verfügung stellt. Auch sind stellenweise die Kirchen in Anspruch genommen worden. Bei der Behörde sind rund 160 Obdachlose gemeldet, die wirkliche Zahl ist aber viel größer, da viele zu auswärtigen Verwandten gereist sind.

Aus der Partei.

Ueber die Trauerfeier

der sozialdemokr. Reichstagsfraktion für den Gen. Dreesbach läßt sich die Volksstimme berichten: Eine einfache, aber erhebende Trauerfeier veranstaltete die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Donnerstag Vormittag für unseren August Dreesbach. Gleich nach 8 Uhr schon mußten die einzelnen Abgeordneten von den verschiedenen Stadtbahnhöfen abfahren oder mit der Straßenbahn dem Görlitzer Bahnhof zustreben. In Niederschönweide fanden sich alle zusammen, und kurz nach halb 10 Uhr war der Zug in Eichwalde. Dort war im Saale des „Waldschlößchens" unser August in einfachem Metallsarg aufgebahrt inmitten eines Haines tiefgrüner Blattpflanzen. Riesengroße Kränze mit großen roten Schleifen, gestiftet vom Parteivorstand, der Reichstagsfraktion und der Parteiorganisation von Groß-Berlin bedeckten den Sarg; auch die Redaktion des Vorwärts und der Wahlverein Eichwalde hatten Kränze gestiftet. Auch noch weitere Kranzspenden zeigten, daß Dreesbach auch weit von der Heimat liebe Freunde hat. So fiel insbesondere der auf dem Sarge ruhende Kranz der Familie Reinhard auf, bei der Dreesbach jahrelang gewohnt hatte und gewissermaßen zum Familienmitglied geworden war.

Die Fraktion war trotz des häßlichen Wetters fast vollzählig zur Stelle, auch vier Kollegen aus anderen Parteien hatten es sich nicht nehmen lassen, Dreesbach die letzte Ehre zu erweisen; es waren die badischen Abgg. Blankenhorn, Müller, Schüler und der württembergische Demokrat Wagner. Dazu eine Anzahl von Teilnehmern, die als Parteigenossen oder persönliche Freunde dem Verstorbenen nahegestanden hatten. Mit den ergreifenden Klängen des Liedes „Ein Sohn des Volkes", das Mitglieder des Arbeitersängerbundes vortrugen, wurde die Feier eröffnet. Dann nahm Singer das Wort. In schlichten, eindrucksvollen Worten gedachte er des verstorbenen Mitstreiters, der als einer von der alten Garde in 40jähriger aufopfernder Parteitätigkeit für die Befreiung des Proletariats gekämpft habe. Mit heißen Dankesworten für seine treue Mitarbeit nehme man Abschied von dem Verblichenen.

Wieder erklang ein Trauergesang: „Wenn sich zwei Herzen scheiden." Als die letzten Töne verhallt waren, sandten die Leidtragenden dem dahingeschiedenen Kampfgenossen einen letzten stummen Gruß. Bald darauf brachte ein Wagen den Sarg nebst den Kranzspenden nach dem Bahnhof, — zur letzten Reise nach Mannheim, das unserm August zur zweiten, zur liebsten Heimat geworden. — Tief ergriffen ging die Trauerversammlung auseinander.

*

Den Leichenzug vom Rosengarten bis zum Friedhof hat der Stadtrat von Mannheim genehmigt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ettlingen, 30. Nov. Morgen Sonntag Mittag 8 Uhr findet in der Restauration Traut Versammlung mit Lichtbildervortrag statt für die Fabrik- und Hilfsarbeiter. Referent ist Genosse Wörner-Stuttgart. Wir hoffen, daß sich die Arbeiterschaft zahlreich einfindet, umsomehr, da durch den Lichtbildervortrag: An der Küste dreier Erdteile sowohl unterhaltender wie belehrender Stoff geboten wird.

Lahr, 30. Nov. Die Heimarbeiter-Versammlung findet Sonntag Nachmittag nicht statt.

g. Bauhandwerker aller Branchen werden dringend ersucht, den Bezirk Nürnberg-Fürth zu meiden, da die Unternehmer allerlei im Schilde führen. Nachdem die Arbeiter sich keinen unzureichenden Tarifvertrag aufdrängen lassen wollten und ihre Bewegung auf eine günstigere Zeit vertagten, suchen sich jetzt die Unternehmer auf andere Weise gegen einen späteren Streik zu schützen, indem sie möglichst viele organisierte Arbeiter entlassen und dafür aus allen Himmelsrichtungen unorganisierte herbeizuziehen suchen. Man meide Nürnberg-Fürth solange, bis die Arbeiterblätter die Nachricht von dem endgiltigen Friedensschluß bringen.

Versammlungsberichte.

Partei.

Königsbach, 28. Nov. Am Sonntag, den 25. November, fand im Gasthaus zum Badischen Hof eine öffentliche Versammlung statt, welche von den Pforzheimer Genossen einberufen wurde. In derselben referierte Genosse A. Maier-Pforzheim über das Thema: Warum organisiert sich die arbeitende Jugend? Die Versammlung war gut besucht, so daß wir eine Mitgliederzahl von 30 aufweisen können. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Roth und Mall, welche hauptsächlich die Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter festnagelten; auch der Fall Köpenick und die Mannheimer Kontrollversammlung blieben nicht unberührt. Nach der Diskussion schritten wir zur Wahl der Verwaltung. Als 1. Vorsitzender wurde Hodel, als Kassier Dürler, als Schriftführer Ott, als 2. Vorsitzender der Wilh. Kaiser, als Beisitzer H. Fränkel und A. Pfaff gewählt.

Morgen Sonntag findet im Rößle in Ispringen nachmittags halb 3 Uhr, Versammlung statt, wozu wir alle junge Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem aber auch die Parteigenossen von Ispringen und Umgegend, freundlichst einladen. Am Sonntag soll die Parole sein unter den Arbeitern Ispringens und Umgegend: auf in die Versammlung, damit auch wir zur Gründung des Verbandes beigetragen haben.

Badische Chronik.

Singen, 29. Nov. Eine recht unliebsame Ueberraschung ist dieser Tage den hiesigen Wirten zuteil geworden, indem ihnen von der Direktion der Höllenbrauerei in Radolfzell, an welche seit Mai dieses Jahres sämtliche Wirtschaften der früheren Brauerei Käßner übergegangen sind, mitgeteilt wurde, daß sie ab 1. Januar 1907 1 Pfennig mehr pro Liter zu zahlen hätten und außerdem wurde noch bei den Pächtern die Pachtsumme ganz erheblich in die Höhe geschraubt, und dies, trotzdem die Aktiengesellschaft Höllenbrauerei in diesem Jahre 30 000 Mk. mehr Ueberschuß erzielt hat als im vergangenen. Die Folge davon ist natürlich wieder die, daß die Wirte versuchen werden, die Preiserhöhung auf die Konsumenten, in diesem Falle hier fast ausschließlich Arbeiter, abzuwälzen, indem sie entweder den Bierpreis erhöhen oder kleinere Gläser zum Ausschank bringen werden. Zu all den sonstigen Lebensmittelverteuerungen auch noch Bierpreiserhöhung, nur zu dem ausgesprochenen Zweck, damit die Herren Aktionäre der Höllenbrauerei recht fette Dividenden in die Tasche stecken können.

Die Preise der Lebensmittel, im weiteren Sinne des Wortes, sind hier schon so exorbitant hohe, daß Singen den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, einer der teuersten Plätze des badischen Landes, jedenfalls teurer als jede Großstadt, zu sein. In diesem Gemeinwesen will jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann so schnell als möglich auf Kosten der Arbeiter reich werden. Verwunderlich ist, daß es unter solchen Umständen immer noch Arbeiter gibt, die in Klimbim-Vereinen, wie Schwabenvereine, Bayernvereine ihre Zeit vertrödeln und sich über das Elend ihrer Klassenlage hinwegtäuschen lassen, anstatt durch Beitritt zu den Gewerkschaften und zu dem sozialdemokr. Verein dafür Sorge zu tragen, daß durch die Macht der Organisation dem hier herrschenden Ausbeutersystem einigermaßen ein Paroli geboten werden kann. Arbeiter aber, die trotz aller Mahnungen nicht zu dem Beitritt zu den Organisationen zu bewegen sind, verdienen es nicht besser, als daß sie ausgebeutet werden.

Durlach, 28. Nov. Wie aus dem gestrigen Inseratenteil ersichtlich, veranstaltet der Verein für Vogelkunde Durlach in den Sälen des Gasthauses zur Blume auch dieses Jahr wieder eine große Kanarien-Ausstellung. Vielseitigen Wünschen entsprechend findet dieselbe am 2. und 3. Dezember d. J. statt. Außer den so beliebten Harzer Rollern finden Liebhaber auch große Kollektionen von sonstigen Sing- und Ziervögeln, sowie alle zur Vogelzucht und -Pflege dienenden Hilfsmittel. Ferner sind auch ausgestopfte Vögel usw. in bekannter reicher Auswahl zu sehen.

Ettlingen, 30. Nov. In der Silberwarenfabrik Geb. Hepp wurde ein Pult aufgebrochen, der Betrag von über 3000 Mk. und ein Kilometerheft entwendet. Der Täter, ein Arbeiter namens Wilh. Hagemann, ist flüchtig.

— Bedeutende Unterschlagungen im Geschäft und sonstige Schwindeleien verübte der 20jährige Buchhalter R. der hiesigen Backofenfabrik. Seine Unterschlagungen sollen durch eine Kaution von ca. 3000 Mk. gedeckt sein, so daß das Geschäft einen Schaden nicht zu leiden hat. Schlimmer, aus schurkenmäßige grenzend, trieb es dieser gewissenlose Geselle dadurch, daß er sich neben seiner Frau eine Braut hielt und zum dritten noch mit einer Kellnerin ein Verhältnis unterhielt. Seine Braut aus Basel traf dieser Tage hier ein, um ihm 200 Mk. zu bringen, die er von ihr erbeten hatte; hierbei hat dann das betrogene Mädchen den wahren Sachverhalt erfahren, was zu einer unbeschreiblichen Szene führte.

* **Pforzheim**, 30. Nov. Die Räuber Riesch und Vater haben ein Geständnis abgelegt.

St. Georgen, 30. Nov. Die hiesige Metzgervereinigung veröffentlicht heute eine Erklärung, nach welcher die Fleischpreise für alle Fleischsorten auf 80 Pf. pro Pfund festgesetzt werden. Bisher kosteten Kalbfleisch und wie Schweinefleisch 90 Pf., Ochsen- und Hammelfleisch 80 Pf. Zugleich geben sie bekannt, daß vom 1. Dez. ab kein Konsumgeld mehr verabfolgt wird. Da dieses alle bis auf einen Lieferanten des Konsumvereins betrifft, so läuft diese Sache auf eine Chikanierung des Konsumvereins hinaus. Wir werden auf diese Angelegenheit in den nächsten Tagen an dieser Stelle zu sprechen kommen.

* **Markdorf**, 30. Nov. Ein großes Unglück wurde durch die Wachsamkeit der Bahnbeamten verhütet. Von böser Hand wurden zwischen hier und Bermatingen große Steine und Prügel auf die Gleise gelegt in der Absicht, den Zug zum Entgleisen zu bringen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

* **Waldshut**, 30. Nov. Der verunglückte Bahnarbeiter Fidel Malzacher ist gestern Abend seinen schweren Verletzungen erlegen.

* **Mannheim**, 30. Nov. Die hiesige Bäckerinnung läßt auf 1. Dezember d. J. einen Brotaufschlag von 10 Proz. eintreten.

Weinheim, 30. Nov. Der 34jährige Kaufmann W. Willenberger von hier reiste dieser Tage nach Konstanz, wo er sich mit einem Revolver erschoß. Ueber die Ursache der Tat laufen die verschiedensten Gerüchte um.

Gemeindezeitung.

Daxlanden, 1. Dez. Bei der gestern Abend stattgehabten Bürgerausschußsitzung wurde die Vorlage des Gemeinderats, nach welcher an die hiesige kath. Kirchengemeinde der alte Kirchhof im Flächenmaß von [illegible] Quadratmeter unentgeltlich abgetreten wird, nach lebhafter Debatte mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Deutscher Reichstag.

(130. Sitzung.)

* **Berlin**, 30. November 1906.

Am Bundesratstisch Dernburg, Freiherr v. Stengel.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1,20 Uhr.

Tagesordnung: Koloniale Inventur und Kolonialbahnen. Die Debatte wird fortgesetzt. 3. Tag.

Abg. Lattmann (w. Vg.) bemerkt zum Nachtrag Etat: Die positiven Frachtkosten für Futtermittel müssen heruntergesetzt werden können, nachdem sich die Firma Wörmann infolge der Lösung des Monopol-Vertrages veranlaßt gesehen hätte, den nach Südwestafrika transitierenden Firmen Frachtermäßigung zu gewähren. Englische Grenzverletzungen sind nicht selten geworden. Es wäre gut, wenn einmal ein kalter Wasserstrahl von Berlin nach London ginge, um die Reibungsflächen zu beseitigen. Der Redner wendet sich nun der von ihm schon vor zwei Jahren behandelten Frage der Bodenspekulation zu, die durch den Bahnbau gefördert werde. Lüderitzbucht z. B. verkaufe die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika Grund und Boden [illegible] horrenden Preisen. Eine gewisse Selbständigkeit der [illegible]

lonien ist zu erstreben. Die beiden Denkschriften litten unter Einseitigkeit. Der Redner drückt zum Schluß dem Reichskanzler für seine Kolonialpolitik sein Vertrauen aus.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.): Es muß etwas neues geschaffen werden von dem neuen Kolonialdirektor in dem Sinne, in dem der Reichskanzler nun unsere Kolonialpolitik betreiben will. Der neue Mann steht vor einer schweren Aufgabe. An unserer Unterstützung soll es ihm aber nicht fehlen. Wir sind sehr zufrieden, daß die Verträge, die in der vorigen Session zu heftigen Angriffen Anlaß gaben, gelöst sind. Mit einer größeren Selbständigkeit unserer Kolonien sind wir ganz einverstanden. Ob wir sie in absehbarer Zeit erreichen werden, ist die Frage. Wenn die Kolonien gut verwaltet werden, können sie auch in nicht zu ferner Zeit finanziell unabhängig werden. Was unsere Eisenbahnpolitik in den Kolonien anlange, so sei jetzt noch kein Programm dafür aufzustellen. Die Bahnvorlage sei im vorigen Jahre abgelehnt worden nicht wegen ihres Inhaltes, sondern zur Zeit und in der Form, in der sie eingebracht wurde. Seine Freunde könnten daher der neuen Vorlage zustimmen.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) will namens seiner politischen Freunde die Stellung des Zentrums in politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung zur Kolonialpolitik klarlegen. Der Reichskanzler habe hier schon manche geschickte Rede gehalten, aber so ungeschickt habe er noch nie gesprochen, denn der Höhepunkt seiner Rede sei der Fall Pöplau und eine Beschuldigung der Presse gewesen. Pöplau habe nichts getan, als daß er auf die Verfehlungen anderer Beamten aufmerksam gemacht habe. Man habe ihn als geisteskrank hingestellt und ihn zwangsweise pensioniert. Redner polemisiert weiter gegen die Ausführungen des Reichskanzlers und erklärt, seine, Redners, Kritik sei völlig sachlich, ihn treibe lediglich die Liebe zur Wahrheit, das Streben nach Besserung. Prinzipieller Kolonialgegner sei er doch nicht, damit könne man ihn nicht abtun. Der Kolonialdirektor habe sich gut eingeführt und mit dessen Taten in der Kolonialverwaltung sei er zufrieden. Redner geht nun auf die politischen Seiten der Kolonialpolitik ein. Seine Freunde stünden auf dem Standpunkt, daß die Rechte des Reichstages in dieser Beziehung sehr wesentlich erweitert werden müßten. Es müsse eine Neuregelung des Beamtenwesens und des Rechnungswesens stattfinden. Das Schwergewicht unserer ganzen Kolonialverwaltung muß in den Schutzgebieten liegen. Neben den werbenden und unrentablen Kapitalien sollte der Kolonialdirektor auch noch die fressenden Kapitalien anführen. An der ganzen Finanzverwaltung der Kolonien sei das Bedenklichste, daß die Art der Behandlung der Kolonialetats direkt zu einer Schulden- und Pumpwirtschaft führen müsse, weil es immer heiße: Was fehlt, wird durch das Reich gedeckt. Eine Uebernahme der Militärlasten auf den Reichshaushalt müsse zu einer Trübung und Verschleierung der Verhältnisse in der Kolonialpolitik führen. Die Zuschüsse dürften nicht überschritten werden. Am bedenklichsten sei die Frage der Kontrolle und Rechnungslegung. Seit Jahren sei dem Reichstage keine Abrechnung über die Kolonien vorgelegt worden. Das Budgetrecht des Reichstages sei damit vollständig außer Kraft gesetzt. Er bitte den Direktor dringend, gegen die Art der Verschleierung der Einnahmen sich mit den schärfsten Mitteln zu wenden. Es hätten sich dabei Männer schuldig gemacht, die er für völlig einwandsfrei gehalten habe. Man habe immer gesagt, das entscheidende Moment der Abschlüsse mit Tipelskirch sei der Umstand gewesen, daß er allein Khakistoff herstelle. Nun stehe aber fest, daß er keinen einzigen Khakianzug hergestellt habe und daß die Stoffe aus Hamburg gekommen seien. (Lebhafte Hört! Hört!) Tipelskirch sei gegen Wörmann der reinste Waisenknabe. Ueber die Tarife der Wörmann-Linie Kapstadt—Lüderitzbucht herrsche in sachverständigen Kreisen nur eine Stimme der Verurteilung. Eine Firma habe sich erboten, die Frachten um 50 bis 60 Prozent für diese Strecke billiger festzustellen als Wörmann. Auf diese Offerte sei man gar nicht eingegangen. Auch das Landungs-Monopol in Lüderitzbucht und Swakopmund bestehe noch fort. Erst nach der Kritik im Reichstage seien die Gebühren ermäßigt worden. Und wie seien diese Dinge verrechnet worden? Die haarsträubendsten Geschichten seien da vorgekommen. Er bitte zu erwägen, ob es nicht besser sei, dem Gouverneur die Verteilung der Lieferungen an Firmen in den Kolonien zu überlassen, wie es in England geschehe. Mit dem Unfug der Landgesellschaften soll gebrochen werden. Die deutsche Südwestafrika-Gesellschaft habe in langen Friedensjahren keinen Pfennig Dividende gezahlt, jetzt im Krieg, zahle sie 20 Prozent. (Hört! Hört!) Redner geht nun zum Etat über, den er eingehend erörtert und für friedliche Niederwerfung des Aufstandes eintritt. Redner erwähnt noch die schlimmen Gerüchte, die über Südwestafrika verbreitet sind und spricht sich namens seiner Freunde gegen alle Maßnahmen aus, die sich gegen die Existenz der Eingeborenen richtet.

Schatzsekretär **Stengel** erwidert auf eine Frage Erzbergers budgetrechtlicher Art, die schon in der Budgetkommission im vorigen Jahre beantwortet sei.

Kolonialdirektor **Dernburg**: Von der äußersten Linken ist erklärt worden, ich hätte mich an einige Abgeordnete gewandt, um sie von Anschuldigungen abzuhalten. Ich habe mich nur an sie gewendet mit der Bitte um Ueberlassung des Materials, um die Fälle untersuchen zu können. Der Abgeordnete Erzberger hat mir sein Material gegeben, Ledebour nicht. Die Untersuchungskommission soll eingesetzt werden, weil das Amt zu sehr beschäftigt ist. Eine Besteuerung der Landgesellschaften wird versucht, aber sie darf nicht zu weit gehen und eine Konfiskation werden. Der Tipelskirchvertrag wird mit dem 31. März 1907 aufgelöst. Die Bestände werden übernommen. Die Wörmann-Verträge werden der Kommission gleichfalls vorgelegt werden. Wo etwas zurückzuverlangen ist, wird es geschehen. An den Mißständen ist das System schuld. Im Amte fehlt es an sachverständigem Personal. Wenn man solche große Aufgaben auf eine Minderzahl von Leuten legt, müssen Mißstände herauskommen. Hat man nicht für Eisenbahnen gesorgt und das Geld für Ochsenwagen ausgegeben, ohne das Land aufgeschlossen zu haben. Die Wörmann-Linie hat die Tarife herabgesetzt nicht infolge unserer Kündigung, sondern infolge der Konkurrenz. Es ist gar nicht die Rede davon, daß die militärische Besatzung von den Kolonien weggenommen werden soll. An der mangelnden Rechnungslegung ist die Kolonialabteilung ganz unschuldig. Der Koloniadirektor verliest eine von ihm aufgestellte Tabelle des Beamtenbestandes, aus der sich ergibt, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz sich Vergehen zu Schulden kommen ließ. Dasselbe gilt von den Beamten der Kolonialabteilung. Alles, was anhängig ist, wird auf das gründlichste untersucht werden, man darf dabei aber nicht vergessen, daß die Beamten unter sehr schwierigen Verhältnissen arbeiteten. Die sogen. schwarzen Fonds verurteile ich ebenso wie Herr Erzberger. Wenn es irgend etwas gibt, was die Regierung zu respektieren hat, so ist es das Etatrecht des Reichstages. Von diesem Grundsatze werde ich nie abweichen. (Beifall.) Ich habe eine Untersuchung angestellt und weiß noch nicht, ob eine böse Absicht vorliegt oder eine persönliche Verfehlung. Ich werde schwarze Fonds in Zukunft aber nicht mehr dulden. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

In persönlicher Bemerkung verwahrt sich Ledebour (Soz.) gegen den Vorwurf Dernburgs, er sei mit einem Briefe, in dem er um Auslieferung seines Materials gebeten habe, im Hause hausieren gegangen. Darin liege eine Beschimpfung.

Präsident **Ballestrem** sagt: Beschimpfende Worte habe ich nicht gehört. Ueberdies habe ich einmal von der Linken gehört, die Hausierer gehörten zu den Edelsten der Nation. (Schallende Heiterkeit.) Ich kann die Bundesratsmitglieder nicht veranlassen, hier Komplimente zu machen. So empfindlich darf man nicht sein.

Kolonialdirektor **Dernburg** erklärt: Ich habe lediglich gebeten, mir den sachlichen Inhalt der vorliegenden Beschwerden zu überreichen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Nun ist die Debatte wieder eröffnet. Das Wort hat der Abg. Bebel. (Große Heiterkeit).

Bebel (Soz.): Ich beantrage Vertagung. (Große Heiterkeit).

Die Vertagung wird beschlossen.

Abg. **Ablaß** (Freisg. Vpt.): Es ist eine im allerhöchsten Maße unangemessene Bemerkung des Kolonialdirektors gewesen, daß er sagte, ich hätte mich unter einem Vorwande geweigert ihm mein Material auszuhändigen. Dies entspricht nicht der Objektivität, die man von ihm erwartet hatte.

Abg. **Ledebour** (Soz.) wirft den Kolonialdirektor vor, ihm mangele jedes Gefühl für politischen Takt.

Nächste Sitzung: Samstag.

Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluß 6 Uhr.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 1. Dezember.

Auf die Buchhandlung des Volksfreund sei bei herannahender Weihnachtszeit aufmerksam gemacht. Da sehr viele Arbeiter ihren Angehörigen Bücher 2c. schenken, dürften sie auch nach dem Grundsatz verfahren, daß das beste für sie gerade gut genug sei. Die Partei-Literatur ist zurzeit so reichhaltig, daß auch den verwöhntesten Ansprüchen Rechnung getragen werden kann. Im Inseratenteile wird eine kleine Uebersicht dessen geboten, was die Buchhandlung des Volkfreund den Lesern und Freunden unseres Blattes offeriert.

Bemerkt sei, daß unsere Buchhandlung im allgemeinen sich recht gut eingeführt hat; es kommt der hiesigen Parteileitung zunächst auch gar nicht auf Erzielung etwaiger Ueberschüsse an. Leitmotiv ist, unseren Parteigenossen vor allem gute Literatur zu bieten und dadurch der Schundliteratur, die gerade in Arbeiterwohnungen ein häufiger Gast ist, die Türe zu weisen. Aus diesem Grunde verdient die Buchhandlung des Volksfreund die Unterstützung der hiesigen und auswärtigen Parteigenossen in reichem Maße.

Zur Liquidation des Konsumvereins Karlsruhe ist mitzuteilen, daß nunmehr für den Verkauf des Hauses Termin auf Freitag, 14. Dezember, angesetzt ist. Von der Höhe des erzielten Preises wird es abhängen, inwieweit die Mitglieder mit ihren Haftanteilen heranzuziehen sind.

Ueber die Volksküche in der Bahnhofstraße gehen uns schon seit einiger Zeit Klagen zu. Wir bestreiten gewiß nicht, daß sich zwischen dem Preis des Mittagessens — die Portion kostet 30 Pfg. — und der Qualität und Quantität schwer ein gewisser Einklang erzielen läßt, zumal die herrschende Lebensmittelteuerung natürlich auch diesen Instituten größere Ausgaben verursacht. Aber nicht dagegen richten sich die Beschwerden. Vielmehr ist es die Behandlung, die man den Anwärtern der Volksküche zuteil werden läßt, welches böses Blut unter diesen gemacht hat. Beschwert sich jemand, wenn das Fleisch außerordentlich zähe oder die Portionen gar zu klein sind, dann heißt es: lassen Sie es stehen! und was dergleichen Redensarten mehr sind.

Wir begnügen uns vorläufig mit diesen kurzen Andeutungen; sie tragen gewiß dazu bei, daß der betreffenden Dame eingeschärft wird, etwas weniger „energisch" vorzugehen.

* **Eine öffentliche Versammlung der Maschinisten und Heizer** findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in der Alten Brauerei Prinz statt. Verbandsvorsitzender Scheffel aus Berlin wird über das Thema sprechen: Organisationsnotwendigkeit, Unternehmervereinigung und Arbeiterzersplitterung.

* **Die Straßenbahnlinie Kühler Krug Mühlburger Tor** wird vorläufig bis zum 2. Januar durchgeführt werden, obwohl die Mehrausgaben für 23 Tage im November, während welcher die Durchführung bereits erfolgte, ein Defizit von 610 Mk. brachte.

* **Der hiesige Gewerbeverein** beabsichtigt eine Sachverständigenkommission zu bestellen zur außergerichtlichen Regelung gewerblicher Streitigkeiten.

* **Der Zuchtverein edler Kanarien, e. V., Karlsruhe**, hält, wie alljährlich, am Samstag, den 8., Sonntag, den 9. und Montag, den 10. Dezember ds. Js. im unteren Saale des Hotel Café Nowack seine 7. große Ausstellung ab. Dieselbe ist verbunden mit Prämierung und Verlosung von Papageien, Kanarien, und zur Vogelzucht zweckdienlichen Käfigen. Wer sich einen Genuß verschaffen will, der lasse sich nicht ablenken, sein Augenmerk auf diese große alles umfassende Ausstellung zu richten, die, wie oben erwähnt, erst in 8 Tagen, am 8., 9. und 10. Dezember, im Hotel Café Nowack stattfinden wird. Und wer dort das Glück haben sollte, im Glückshafen einen der herrlichen Gewinne zu erzielen, dem bleibt immer noch die Gelegenheit, sich oder den Seinen für geringes Geld, durch Ankauf eines Kanarienhahnes, eine herrliche Weihnachtsfreude zu verschaffen.

* **Prinz Karl**, der Bruder des Großherzogs, ist sehr schwer erkrankt. Die Aerzte konstatierten Arterienverkalkung. Man befürchtet das Schlimmste.

Aus dem Reiche.

Der Lehrer als Lustmörder.

Bayreuth, 29. Nov. Der Lehrer Müller, der vor einiger Zeit sich an einer elfjährigen Schülerin verging und sie dann ermordete — siehe Beilage des Volksfr. in gestr. Nummer —, wurde heute nach zweitägiger Verhandlung zum Tode und 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

*

Müller gestand auch nach mehrstündigem Verhör, daß er am 2. Mai 1898 die Privatierswitwe Enders in Bayreuth, bei der er seinerzeit als Einjährig-Freiwilliger wohnte, ebenfalls ermordet hat.

Der Hauptmann von Köpenick.

Aus Berlin wird berichtet: Das sechzigste Postpaket für Wilhelm Voigt ist in Moabit eingetroffen. Die Hälfte der Pakete enthielt Wein und Spirituosen, die Voigt nicht übermittelt werden dürfen, aber es gab auch eine ganze Menge Eßwaren, und die kamen ihm ohne Einschränkung zugute. Man könnte aus allen den schönen Dingen, die ihm so die Gefängniskost versüßt haben, eine wohlassortierte Speisekarte zusammenstellen. Vielleicht hat der langjährige Zuchthäusler manche von den Delikatessen nicht einmal ihrem Namen nach gekannt. Die Freigebigkeit seiner Bewunderer beschränkte sich aber nicht auf Viktualien. In Geldanweisungen sind im ganzen nicht weniger als 700 Mark eingetroffen. Natürlich stehen diese bis auf weiteres nicht zu seiner Verfügung. Gegen sechzig Mark von der Summe stammen aus einer Kollekte, die von einer Verehrerin Voigts in einem Frauendampfbade veranstaltet wurde.

Unter den Sendungen, die aus dem Auslande kamen, sei eine ganze Kiste voll Kakes und Bisquits aus England erwähnt. Ein Mädchenpensionat in der Schweiz versorgte den Hauptmann mit selbstgekochter Marmelade, und damit er sich die Zeit vertreiben könne, schickte eine Verehrerin aus Paris ihm eine reizende Puppe in — Hauptmannsuniform.

Bekanntlich findet heute in Berlin die Verhandlung gegen Voigt statt.

Mülhausen i. E., 28. Nov. In Neubreisach ist der dortige Gemeindeschreiber Ittler wegen bedeutenden Unterschlagungen zum Nachteil der dortigen städtischen Sparkasse, deren Verwalter er zugleich war, verhaftet worden. Der Mann hatte schon lange bedeutend über seine Verhältnisse gelebt, er war sonst sehr fromm und gottesfürchtig und ein eifriger Förderer katholischer Vereine; von den Sozialdemokraten hat er nichts wissen wollen, „denn das seien doch alles Lumpen". Die von dem Verhafteten geleistete Amtskaution reicht zur Deckung der Unterschlagungen bei weitem nicht aus, und viele arme Leute müssen ihre sauer erworbenen Ersparnisse einbüßen.

Stuttgart, 29. Nov. Nach zweitägiger Verhandlung wurde der Wirt Wild von Markgröningen, der in der Nacht vom 6. bis 7. September seine Frau, mit der er in Unfrieden lebte, im Schlafe mit einem Revolver erschoß, heute vom Schwurgericht wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte war vorher von seiner Frau schwer gereizt worden.

Vermischtes.

§ **Ein 20jähriges Mädchen** in Redny (Frankreich), die von ihrem Geliebten verlassen worden war, floh aus der elterlichen Wohnung und irrte im Walde umher, um ihre Niederkunft abzuwarten. Später stürzte sich die Unglückliche mit dem Kinde einen Abhang hinab. Beide Leichen wurden vollständig zerschmettert aufgefunden.

Letzte Post.

Agrarier und Grenzsperre.

Stuttgart, 30. Nov. In der heutigen Sitzung des Gesamtkollegiums der Zentralstelle für die Landwirtschaft, die sich mit der Fleischteuerung beschäftigte, betonte der Minister des Innern v. Pischek, daß es sich bei den Mitteln zur Abhilfe gegen die Fleischteuerung nur um solche handle, bei denen alle veterinärpolizeilichen Maßnahmen in Anwendung gelangen. Württemberg sei jetzt seuchenfrei und man müsse alles daran setzen, daß es seuchenfrei bleibe. Die einzigen Nachbarländer Deutschlands, aus denen die Einfuhr von Fleisch und Vieh in Betracht kommen könne, seien Dänemark und Holland. Der Minister sprach sich sodann für teilweise Oeffnung der holländischen Grenze aus, da die holländische Gesetzgebung bezüglich der Seuchenpolizei eine gute und Holland seuchenfrei sei. Jedoch nach längerer Erörterung sprach sich das Kollegium **einstimmig gegen die Oeffnung der Grenzen von Dänemark und Holland** aus.

Eine nationalliberale Interpellation.

Berlin, 30. Nov. Der nationalliberale Abgeordnete Bassermann brachte im Reichstage eine Interpellation ein, welche lautet: „Ist der Reichskanzler bereit, über den Stand der gesetzgeberischen Vorarbeiten hier eine Reform der Strafprozeßordnung Auskunft zu geben?" Die Interpellation ist von zahlreichen nationalliberalen Abgeordneten unterzeichnet.

Die Kirche und das Trennungsgesetz.

Paris, 30. Nov. Der Koadjutor des Kardinals Richard teilte heute den Geistlichen in Paris eine Anweisung bezüglich des Trennungsgesetzes mit. Diese Anweisung schreibt im allgemeinen vor für diese: Anerkennung des Trennungsgesetzes und Fortführung der Kultushandlungen nach dem 11. Dezember in derselben Weise wie bisher.

Russische Revolution.

Die „gestrichenen" Wähler.

Die Wahllisten sind noch nicht fertig, so daß vorläufig die definitive Zahl derer, die durch Senatsbeschlüsse ihres Wahlrechts beraubt wurden, noch nicht festgestellt werden konnte. Doch aus den schon vorhandenen Angaben darf man schließen, daß diese Zahl kolossal ist. Vom 8. bis 21. November wurden gestrichen:

Kleine Eigentümer (Bauern):

Bezirk Kasan	1188	Mann	
„ Saratow	4500	„	(im ganzen nur 6000)
„ Cherson	2000	„	
„ Romny	6000	„	
„ Uman	4000	„	(„ „ „ 4700)
„ Perejaslaw	30000	„	(„ „ „ 40000)
„ Palongrad	987	„	
„ Skonin	2746	„	(„ „ „ 3106)
„ Tschernigow	6000	„	(„ „ „ 12000)
„ Molo-Archangelsk	3000	„	

Also in zehn relativ kleinen Bezirken sind 60 221 Wähler — Bauern, die an den ersten Wahlen teilnahmen, ihres Wahlrechts verlustig gegangen. Dazu kommt noch eine Reihe Arbeiter und kleine Wohnungsinhaber, so daß die von der Regierung unternommene Säuberung der Wählerlisten von wenig besitzenden und daher möglicherweise unzuverlässigen Elementen als recht gründlich erscheint. Aber noch nicht zufrieden damit, wurde noch eine „Maßnahme" getroffen, die nach Ansicht ihrer Erfinder auch viele, die in den Wahllisten geblieben sind, verhindern muß, ihr Wahlrecht auszuüben. Der Verkehrsminister richtete, wie die gut unterrichtete Nowoje Wremja mitteilt, an die Bahnvorsteher ein Rundschreiben, in dem er sie darauf aufmerksam macht, daß „die Wahlen keineswegs die Beamten von der Erfüllung ihrer Pflichten ablenken dürfen". Mit anderen Worten, es ist den Vorstehern freigestellt, nach ihrem Ermessen den Beamten einen Urlaub von etwa einer halben Stunde, um den Wahlzettel abzugeben, zu verweigern. Und in Petersburg würde sich die Zahl der „gestrichenen" Wohnungsmieter ungemein vergrößern infolge der Ausschließung der Vorstädte, die nun gar zu keinem Wahlbezirk gehören!

So wird von der „konstitutionellen" Regierung die im Manifeste angekündigte weitere Annäherung des Wahlsystems zum allgemeinen Wahlrecht verwirklicht.

Wahltaktik.

Zur Frage der Wahltaktik hat die allgemeine Parteikonferenz der Sozialdemokratie Rußlands mit 18 gegen 14 Stimmen eine Resolution gefaßt, die sich gegen Wahl-Blocks, d. h. dauernde Wahlbündnisse mit anderen Parteien ausspricht sowie auch gegen jegliches Wahlabkommen in der Arbeiterkurie. — Außerhalb der Arbeiterkurie sind Wahlabkommen mit oppositionell-demokratischen Parteien statthaft; es können auch gemeinsame Kandidatenlisten aufgestellt werden.

Auf der Konferenz waren vertreten: die beiden Fraktionen der russischen Sozialdemokratie, der Jüdische Arbeiterbund, die polnische und die lettische Sozialdemokratie.

Massen-Verhaftungen.

Warschau, 30. Nov. Seit einigen Tagen sind hier sehr viele Verhaftungen vorgenommen worden. Die Stadt ist von Geheimpolizisten überschwemmt und das harmloseste Gespräch auf der Straße oder im Kaffeehaus bringt dem Unschuldigsten eine polizeiliche Revision ein. Es sind auch mehrere harmlose Zusammenkünfte zum Abendtee von der „Revision" überrascht und die Besucher in die Gefängnisse gebracht worden. Gestern teilte die Amtszeitung Warschawskij Dnjewnik mit, daß es der Gendarmerie gelungen sei, die Führer der hiesigen sozialdemokratischen Partei zu verhaften.

Studentische Wahlen.

Moskau, 30. Nov. Bei den heutigen Wahlen für das Zentralkomitee der Universität stimmten 5497 Studenten ab und zwar 2044 Sozialdemokraten, 1462 Anhänger der Kadettenpartei, 1258 Sozial-Revolutionäre, 263 Unabhängige, 314 Anhänger der Arbeiterpartei, 121 Polen und 35 Zionisten. Das Zentralkomitee wird bestehen aus 12 Sozialdemokraten, 8 Anhängern der Kadettenpartei, 7 Sozial-Revolutionären, 2 Anhängern der Arbeiterpartei, 1 Unabhängigen und 1 Polen.

Zur Beachtung für alle, welche an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schicke es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreib nicht „gestern" oder „heute", sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. Gesangverein Lassallia. Heute Abend punkt halb 9 Uhr, Zusammenkunft aller Sänger aus besonderem Anlaß im Feldschlößchen bei Mitglied Geiger. Vollzähliges Erscheinen erwartet
2885 Der Vorstand.

Bietigheim. (Soziald. Verein.) Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Baden-Baden. (Soziald. Verein.) Sonntag, 2. Dez., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum Bratwurstglöckle eine Gedenkfeier zu Ehren des verstorbenen Genossen August Dreesbach statt. Hierzu werden die Genossen von Baden-Baden und Umgebung freundlichst eingeladen. 4808

Villingen. (Soz. Verein.) Sonntag, 2. Dezember, mittags halb 8 Uhr, Versammlung in der Tonhalle. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

R. in Pf. Alle Einsendungen dürfen nur auf einer Seite beschrieben werden.

Hornberg. Alle Lexikons, die wir durchforstet haben, sagen nichts von einem amerikanischen Gemeinwesen St. Automo. Wenden Sie sich an das amerikanische Konsulat in Mannheim. Es genügt, zu adressieren: Amerikanisches Konsulat in Mannheim.

Nach Säckingen. Senden Sie uns bitte die betr. Nummer des Säckinger Volksblattes, damit wir erst feststellen können, was in dem Artikel steht. Ihre Einsendung ist so nicht zur Aufnahme geeignet.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Geschäftliches.

„Wichtiges über Tee." Die ganz bedeutende Verbilligung des Tees infolge der Ermäßigung des Eingangszolles war nicht ohne Einfluß, dem Artikel neue Interessenkreise zuzuführen. Erfreulich ist die Wahrnehmung der Steigerung des Konsums in allen Volksschichten. Als wohl jetzt das billigste, gesündeste und wohlbekömmlichste Genußmittel verdient Tee in erster Linie den Vorzug. Tee belebt das Denkvermögen und wirkt anregend. Viele Teefirmen suchten die Verbilligung durch Verbesserung der Qualitäten auszugleichen. Anders dagegen Schaller's Tee, die bekannt feine Marke, von der Teegroßhandlung Carl Schaller, Karlsruhe, ließ die Verbilligung seinen Abnehmern zu gut kommen unter Beibehaltung der vorzüglichen Mischungen, und zwar durch Herabsetzung der Preise um 40 Pf. per Pfd. Auf die Inserate in diesem Blatte sei verwiesen.

Friedrichsbad,
136 Kaiserstrasse 136.
An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für **Männer** und **Frauen**
30 Pfennig. 1970
Samstags 40 Pfennig.

☞ Die gestern angezeigte Beilage der Firma August Schindel jr., Durlach, liegt der heutigen Auflage von Durlach bei. Gleichzeitig verweisen wir auf das Inserat der Firma in der gestrigen Nummer.

Teutsch- und Welsch-Neureuth.

Morgen Sonntag von nachmittags 3 Uhr ab:

Zusammenkunft

der Parteigenossen von Teutsch- und Welsch-Neureuth im Grünen Baum in Teutsch-Neureuth.

Ansprache. — Liedervorträge des Gesangvereins „Bruderbund" Karlsruhe-Mühlburg.

Die Parteigenossen der beiden Orte werden ersucht, mit ihren Angehörigen zahlreich zu erscheinen. 4836

Der Vorstand des Wahlkreis-Vereins.

Geschäfts-Eröffnung

Einem verehrlichen Publikum von Durlach und Umgegend, insbesondere meinen werten Kunden die ergebene Nachricht, daß ich mein längere Jahre gegenüber der Kaserne betriebenes

Uhren- und Goldwaren-Geschäft

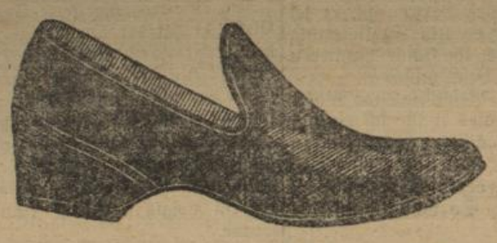
Anfang Dezember im Hause des Herrn

Flad, Durlach, Hauptstraße 86

neu eröffne.

Es wird wie bisher meine Aufgabe sein, das mir entgegengebrachte Vertrauen durch fachmännische und reelle Bedienung zu erhalten und bitte ich um ferneres geneigtes Wohlwollen.

Franz Jordan, Uhrmacher und Optiker.



Gummi-Schuhe.

Empfehle bei grösster Auswahl

Gummischuhe

Unter Garantie der Haltbarkeit und wird jedes Paar, welches sich schlecht trägt, gegen ein neues Paar bereitwilligst umgetauscht.

das beste deutsche Fabrikat

Kinder Art. 600 à Paar Mk. **1.48** Mädchen Art 500 à Paar M. **1.88** Damen Art. 650 à Paar Mk. **1.98** Herren Art. 988 à Paar Mk. **3.28**

1860. T.P.A.P.M. С.ПЕТЕРБУРГЪ.

Gummischuhe, echte Petersburger

Unter Garantie der Haltbarkeit. Prima russisches Fabrikat.

Kinder Art. 40 A à Paar Mk. **2.58** Mädchen Art. 34 à Paar M. **3.28** Damen Art. 15¼ à Paar Mk. **3.88**
Herren Art. 9¼ à Paar Mk. **5.98**

Herren-Gummischuhe Art. 100 Pilot Nr. 40 u. 41 Paar Mk. 2.78

C. Korintenberg

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 118.

Pelz-Colliers - u. Stolas -

Spitz-Kanin : von 65 Pfg. an :

Seal-Kanin von Mk. 3.80 an

Nutria-Biber von Mk. 7.— an,

sowie sämtliche andere Pelzarten

Das Pelz-Mode-Haus

Wilh. Zeumer

Karlsruhe — Kaiserstr. 127

ist nicht zu übertreffen in Auswahl und bietet besondere Vorteile durch seine

Gross-Kürschnerei.

Nur beste Kürschner-Ware.
- Keine Bazar-Ausführung -
Trotzdem billiger.
Direkt. Felleinkauf.
Eigenes Lager in Leipzig.

Zur gefälligen Kenntnisnahme, dass mein

Grosser

Weihnachts-Ausverkauf

am kommenden Montag den 3. Dezember beginnt.

Während der Dauer desselben bewillige ich auf **sämtliche Vorräte** in

fertiger Herren- und Knaben-Garderobe

sowie auch in

deutschen und engl. erstklass. Stoffen für Anfertigung nach Mass

unterschiedslos gegen Bar:

doppelte Rabattmarken = 10 Prozent

Gleichzeitig sind diverse grosse Posten

eleganter Knaben- und Jünglings-Anzüge und -Paletots

von früherer Saison in verschiedenen

Serien zum Aussuchen, zu sogenannten Spottpreisen **weit unter Kostenpreis netto, ohne Rabattmarken,** zurückgesetzt, die ich als praktische und billige

Geschenke für den Weihnachtstisch

besonders empfehlen möchte. 2880

Adolf Stein

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe

am Marktplatz 74 Kaiserstrasse 74 am Marktplatz

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Die **Anfertigung nach Mass** erleidet durch den Ausverkauf keinerlei Unterbrechung.

Auswahlsendungen können während der Dauer des Ausverkaufs **nicht** gemacht werden.

Konsumverein für Durlach und Umgegend

e. G. m. b. H.

Sonntag den 9. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Lamm" unsere diesjährige

ordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Genehmigung der Jahresbilanz.
4. Erteilung der Decharge.
5. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
6. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern.

Anträge müssen eine Woche vor der Versammlung schriftlich beim Vorstand eingereicht werden. 4771

Der Aufsichtsrat,
J. Hirschauer, Vorsitzender.

Telephon 1938 **Colosseum** Telephon 1938.

Direktion: J. Raimond. 4802

Spielplan für das Sensations-Programm vom 1. bis 15. Dezember 1906.

Mizzi Bognar, Soubrette.
Rupert Riedieser, phänomenaler Zyklist.
Les 6 Fortunas.
Damen Gesang-, Tanz- und Transformations-Ensemble.
George und Alfredo, musikal. Ball-Akrobaten.
? Trilby und Svengali!
der grösste Sensations-Akt des Jahrhunderts.
Li Bello, Blitz-Jongleur, assistiert von seinem kom. Diener.
Alfred Heinen, Original-Humorist.
Kreton und Miss Marta, dressierte Hunde.

Sonntag den 2. Dezember 1906

Zwei Gala-Vorstellungen

nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Für unsere Kinder

Weihnachtsbuch der Gleichheit.

Herausgegeben von **Klara Zetkin (Zundel).**
Preis kartoniert Mk. 1.—
Vereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten einen Vorzugspreis.

Das Weihnachtsbuch der Gleichheit besteht aus den Jahrgängen 1905 und 1906 der Beilage der Gleichheit „Für unsere Kinder".

Die Ausgabe ist erfolgt auf Grund vielfach geäußerter Wünsche aus den Reihen proletarischer Frauen. Wir sind überzeugt, daß der reiche Inhalt des Buches den Kindern unserer Proletarier eine nie versiegende Quelle der Unterhaltung und Belehrung bieten dürfte.

Auch auf die Ausstattung, Papier, Druck usw. ist große Sorgfalt verwendet worden, ebenso auf einen guten dauerhaften Einband. Bei Feststellung des Preises wurde dagegen weiteste Rücksicht genommen auf den Geldbeutel der Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Wir machen hiermit wieder einen erneuten Versuch auf dem Gebiete der Jugendliteratur. Möge der Versuch das Interesse unserer Genossen und Genossinnen erregen. Ein Erfolg würde uns den Mut geben, auf diesem Gebiete immer Vollkommeneres zu erstreben.

Damit mag das Weihnachtsbuch der Gleichheit in die Welt hinausgehen und groß und klein erfreuen.

Stuttgart, im November 1906.

Der Verlag der Gleichheit.

In Karlsruhe zu beziehen durch die **Volksfreund-Buchhandlung Luisenstraße 24.**

Durlach.

Geschäfts-Empfehlung

Meiner geehrten Nachbarschaft sowie Freunden, Bekannten und Gönnern zur gefl. Kenntnis, daß ich meine

Bäckerei, Killisfeldstraße 9

in eigenen Betrieb genommen habe.

Es ist mein Bestreben, das geehrte Publikum mit guter Ware zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

2888 **Karl Meier, Bäcker.**

Kinematograf Universelle

Waldstr. 13. Waldstr. 13.

Täglich von 8 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends. 4504

Jeden Samstag ab neues Programm.

Kleine Anzeigen.

1mal im Monat f. Abonn. gratis.

Durlacherallee 36, 5. St., ist ein einfach möbl. Zimmer billig zu vermieten. Ebendas. wird Wäsche zum waschen und bügeln angenommen.

Hirschstraße 30, Seitenbau im Bügelgeschäft, ist ein möbl. leicht heizbares Zimmer sof. billig zu verm.

Kaiserstraße 81, 5. St., ist ein möbl. Zimmer an Herrn oder Fräulein zu vermieten.

Morgenstraße 24, 4. St. ist ein freundl. möbl. heizb. Zimmer sofort billig zu vermieten.

Werderstraße 28, 4. St. links, freundlich Mansarden-Zimmer sogleich zu vermieten. Preis 6 Mk.

Mittagtisch können einige Arbeiter zu 45 Pfg. erhalten. Eisenbahnstr. 1a, Mühlburg, 2. r.

Wäsche zum waschen und bügeln wird angenommen. Körnerstr. 14, Hth. 2. St.

Singer Ringschiff-Nähmaschine passend als Weihnachtsgeschenk ist mit Garantie billig zu verkaufen. Eisenbahnstraße 14, 5. St. r.

Kinderliegwagen (Prinzeßform) fast noch neu, billig zu verk. Morgenstr. 4, 4 r.

Ziegen, Rasse-Kaninchen, viele versch. Gartenpflanzen sind zu verk. Puttlitzstr. 16.

Lauffrau gesucht. Lenzstraße 11, 4. St.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

14. Nov.: Helmut Leopold, V. Albert Neeff, Bäckermeister. 18.: Elsa, V. Gustav Köhler, Mechaniker. 19.: Julius Friedrich, Vat. Julius Hoffmann, Kutschereibesitzer. 21.: Leopold Karl, V. Rudolf Marder, Koch.